



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 3-4/2007

**abgeschlossen am
1. Mai 2007**

	<u>Seite</u>
1. Congress-Mitglieder fordern Rücktritt von <i>Attorney General</i> Gonzales	1
2. Congress verlangt Truppenabzug aus dem Irak	2
3. Budget-Resolution 2008 im Vermittlungsausschuss	4
4. Repräsentantenhaus für effektive Repräsentation der Hauptstadt	5
5. Bush drängt auf Fortschreibung seiner Bildungsreform	6
6. Demokraten im Repräsentantenhaus skizzieren Steuerreformpläne	7
7. Repräsentantenhaus unterstützt Erweiterung der Nordatlantischen Allianz	8
8. Senat spricht sich für staatliche Unterstützung der Stammzellenforschung aus	9
9. Vorwahlen 2008: Irak-Politik dominiert erste Debatte der Demokraten	11

1. Congress-Mitglieder fordern Rücktritt von *Attorney General* Gonzales

Im Congress mehren sich nach der Anhörung von *Attorney General* Alberto R. Gonzales Mitte April 2007 vor dem Justizausschuss des Senats die Stimmen auch aus der Republikanischen Partei, die den Rücktritt des Ministers zumindest nahe legen oder offen fordern.

Gonzales war nach dem Bekanntwerden der Hintergründe der Entlassung von 8 Bundesstaatsanwälten in verschiedenen Einzelstaaten zunehmend unter Druck geraten.

Traditionell gilt es als Vorrecht des Präsidenten, die Bundesstaatsanwälte, mit der Zustimmung des Senats, zu ernennen oder zu entlassen, um die volle Umsetzung der politischen Prioritäten der jeweiligen Administration in der Strafverfolgung zu gewährleisten.

Die Entlassung der acht von Bush selbst ernannten Staatsanwälte nach der Wiederwahl des Präsidenten 2004 erregte jedoch den Verdacht, dass es sich um reine parteipolitische Winkelzüge handelte, die als unzulässig gelten.

Das Justizministerium selbst trug erheblich zu der Skandalisierung des Vorgangs bei, weil führende Mitarbeiter zunächst beteuerten, die Entscheidungen seien strikt im Hinblick auf die mangelnde Leistungsfähigkeit der entlassenen Staatsanwälte getroffen worden.

Diese Verlautbarung rief scharfe Kritik von Seiten der betroffenen Staatsanwälte hervor, die auf ihre früheren Begutachtungen und das Fehlen jeglicher Hinweise auf Mängel in ihrer Arbeit hinwiesen. Die folgende, schrittweise Korrektur der Verlautbarungen des Justizministeriums erregte das Interesse vor allem demokratischer Mitglieder des Congress, da mehrere der Staatsanwälte mit Ermittlungen gegen republikanische Politiker und Amtsträger befasst waren.

Gonzales hatte anfänglich beteuert, selbst nicht in die Angelegenheit verwickelt gewesen zu sein und nur am Rande von ihr Kenntnis genommen zu haben. Doch die von den Justizausschüssen des Congress sichergestellten Entscheidungsunterlagen des Ministeriums zeigten schnell, dass Gonzales mehrfach an Treffen Teil genommen hatte und über die Angelegenheit laufend informiert worden war.

Dessen ungeachtet hielt Gonzales an seiner Darstellung fest. Nachdem sich der Justizminister dann in der Anhörung vor dem Senatsausschuss mehr als 50 Mal auf Erinnerungslücken berief und keine Auskunft gab, forderten ihn der Vorsitzende Patrick Leahy (D-Vt.) und der ranghöchste Vertreter der republikanischen Minderheit, Arlen Specter (Pa.), in einem Brief zu umfassender Aufklärung auf.

Die von der Administration erhoffte Glättung der Wellen und Schließung der eigenen Reihen blieb damit auch nach dem Auftritt von Gonzales vor dem Justizausschuss aus.

Im Gegenteil nahmen republikanische Senatoren wie Susan Collins (Maine), John McCain (Ariz.) und Lindsey Graham (S.C.) öffentlich von Gonzales Abstand.

Obwohl sich Gonzales nachdrücklich für die Handhabung der Angelegenheit entschuldigt und Präsident Bush seinem persönlichen Freund wiederholt sein volles Vertrauen ausgesprochen hat, wird der Verbleib des Justizministers im Amt zusehends unwahrscheinlicher.

Der verzweifelte Versuch der Administration, den Minister zu halten, kann als Präventivmaßnahme gegen einen zunehmend aggressiv auftretenden Congress interpretiert werden. Offensichtlich will die Administration den demokratisch kontrollierten Congress nicht durch einen Erfolg dazu ermutigen, durch eine Serie von Anhörungen weitere Kabinettsmitglieder auf die Abschussliste zu nehmen.

2. Congress verlangt Truppenabzug aus dem Irak

Die Auseinandersetzung um die Irakpolitik zwischen den demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des 110. Congress und Präsident George W. Bush (vgl. CR 2/2007, S. 1) hat sich drastisch verschärft, nachdem Repräsentantenhaus und Senat am 25./26. April 2007 im Rahmen ihrer Verabschiedung einer Vorlage des Vermittlungsausschusses zum Ergänzungsbewilligungsgesetz für das Haushaltsjahr 2007 (*Fiscal Year 2007 Supplemental Spending Bill*) den Beginn des Rückzugs der amerikanischen Truppen aus dem Irak beschlossen haben.

Geht es nach dem Willen der US-Legislative, dann soll mit dem Abzug der US-Truppen aus dem Irak noch in diesem Sommer begonnen werden. Bis zum 31. März (beziehungsweise August) 2008 sollen dann die US-amerikanischen Soldaten aus dem Irak zurückgeführt werden. Damit wäre die Irak-Intervention der USA fünf Jahre nach ihrem Beginn zu Ende, weil es dem Präsidenten in diesem Zeitraum weder gelungen ist, den Irak zu befrieden, noch die Zustimmung der amerikanischen Gesellschaft zu seiner Irakpolitik aufrecht zu erhalten.

Im Gegenteil: Nach einer Umfrage des *Pew Research Center for the People and Press* vom 22.-25. März 2007 sprachen sich 59 Prozent der Befragten in den USA dafür aus, dass ihre Vertreter im Kongress für einen Truppenabzug der USA aus dem Irak bis zum August 2008 stimmen sollten. Eine gegenteilige Auffassung vertraten lediglich 33 Prozent der Befragten, während 8 Prozent keine Meinung äußerten.

Eine Sprecherin des Weißen Hauses sprach im Zusammenhang mit der Entscheidung des Congress von einer „defeatist legislation“, und Präsident Bush kündigte bereits sein Veto an. Es bedürfte einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern des Congress, um ein solches Veto zu überstimmen, wovon die bisherigen Abstimmungsergebnisse allerdings meilenweit entfernt sind.

Das Repräsentantenhaus hatte sich am 25. April 2007 mit der knappen Mehrheit von 218:208 Stimmen für den mit dem Ergänzungshaushalt 2007 verbundenen Truppenrückzug aus dem Irak ausgesprochen.

Der Senat hatte einen Tag später mit 51:46 Stimmen der Entscheidung zugestimmt, wobei nur zwei Republikaner, die Senatoren Chuck Hagel (Nebraska) und Gordon Smith (Oregon) mit den Demokraten stimmten. Umgekehrt wandte sich der unabhängige Senator Joseph Lieberman (Conn.), der sich der demokratischen Fraktion angeschlossen hat, mit den Republikanern gegen einen Zeitplan für einen Truppenabzug aus dem Irak. Die republikanischen Senatoren John McCain (Arz.) und Lindsey Graham (S.C.) nahmen ebenso wie der Demokrat Tim Johnson (S.D.) nicht an der Abstimmung teil.

Senate Majority Leader Harry Reid (D-Nev.) begründete die Initiative seiner Fraktion damit, dass es einer politischen Lösung in der Irakpolitik bedarf. „Niemand“, so Reid, „will mehr als ich, dass unsere Nation im Mittleren Osten erfolgreich ist.“ Der Bush-Administration warf er vier Jahre „des Missmanagements und der Inkompetenz“ im Irakkrieg vor. Sein Fraktionskollege Edward Kennedy (Mass.) erklärte, dass das „amerikanische Militär Polizeiaufgaben im Irak nicht auf unbegrenzte Zeit“ übernehmen könne.

Demgegenüber warnte *Senate Minority Leader* Mitch McConnell (Ky.) davor, dass ein vom Congress erzwungener Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak nur El Kaida und dessen terroristischem Netzwerk in die Hände spielen würde. Die Kritiker der Entscheidung wurden auch nicht müde zu erwähnen, dass der Congress „80 Tage“ gebraucht habe, um über den Ergänzungshaushalt zu entscheiden. Außerdem habe der Congress jenseits der eigentlichen Haushaltsbewilligung in Höhe von 103 Mrd. USD zusätzliche Mittel in Höhe von 21 Mrd. USD für rein innenpolitische Programme bewilligt.

Beide Seiten vergaßen freilich in der politisch erhitzten Debatte zu erwähnen, dass der Präsident die Entscheidung des Congress mit Verweis auf die „nationale Sicherheit“ jederzeit aussetzen könnte.

Dabei befinden sich vor allem die Republikaner mit Blick auf den Wahlzyklus 2008 in einem Dilemma. Einerseits scheinen die republikanischen Parteianhänger die Irakpolitik Präsident Bushs nach wie vor mehrheitlich zu unterstützen. Jede offene Kritik an der Politik George W. Bushs würde die republikanischen Amtsinhaber im Congress damit perspektivisch auf Kollisionskurs mit ihrer Parteibasis bringen. Andererseits scheinen nicht nur die demokratischen Stammwähler, sondern vor allem die unabhängigen Wähler einen Truppenabzug mit deutlicher Mehrheit zu favorisieren. Gerade diese unabhängigen Wähler gilt es aber auch für die Republikaner im Congress nicht zu entfremden, um im Jahr 2008 die Wiederwahlchancen nicht zu beschädigen.

Erschwert wird die Position der Republikaner im Congress auch dadurch, dass der kommandierende General im Irak, Generalleutnant David Petraeus, im März 2007 in Briefings im Kapitol unumwunden zugegeben hat, dass die Gewalt im Irak in den ver-

gangenen Monaten nicht abgenommen hat. Auf die Gefahr eines Bürgerkrieges und einer militärischen und politischen Niederlage im Irak hatte bereits die so genannte *Iraq Study Group* im Dezember 2006 hingewiesen (vgl. CR 11-12/2006, S. 1).

3. Budget-Resolution 2008 im Vermittlungsausschuss

Senat und Repräsentantenhaus haben am 23./29. März 2007 ihre jeweiligen Entwürfe zur Budget-Resolution 2008 (Fiscal Year 2008 Budget Resolution) verabschiedet. Im Senat erfolgte die Entscheidung über *Senate Concurrent Resolution 21* mit 52:47 Stimmen. Das Repräsentantenhaus sprach sich mit 216:210 Stimmen für seine Version der Budget-Resolution 2008 (*House Concurrent Resolution 99*) aus.

Nun müssen beide Kammern ihre Vorlagen noch im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen. Mit der Budget-Resolution steckt der Congress nach Maßgabe des Budget and Impoundment Control Act aus dem Jahr 1974 den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse ab.

Im vergangenen Jahr war es Repräsentantenhaus und Senat unter der Führung republikanischer Mehrheiten in beiden Kammern nicht gelungen, sich auf einen solchen groben Finanzrahmen zu einigen und eine Budget-Resolution für das laufende Haushaltsjahr 2007 zu verabschieden.

Entsprechend feierten die demokratischen Mehrheitsführungen in beiden Häusern des Congress die jetzt getroffenen Entscheidungen als „wichtigen Wendepunkt“, wie Kent Conrad (D-N.H.), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat es nannte.

Allerdings müssen beide Kammern sich im Wege des Kompromisses im Vermittlungsausschuss noch aufeinander zu bewegen, obwohl Rob Portman, der Direktor des *Office of Management and Budget* (OMB) im Weißen Haus den Demokraten vorwarf, dass ihre Haushaltsentwürfe „unglücklicherweise nicht wesentlich voneinander abweichen“.

Dabei sind es insbesondere vier Bereiche, in denen sich die Verhandlungsführer des Repräsentantenhauses und des Senats noch aufeinander zubewegen müssen.

Im Bereich des so genannten *discretionary spending*, also jener Haushaltsposten, in denen der Kongress im Gegensatz zum *mandatory spending* frei entscheiden kann, will das Repräsentantenhaus vor allem im Erziehungssektor und bei der Versorgung von Veteranen im nächsten Haushaltsjahr 25 Mrd. USD und der Senat 18 Mrd. USD mehr als von Präsident George W. Bush anvisiert ausgeben.

Mit Blick auf die Defizitprognosen geht der Senat im Jahr 2012 von einem Haushaltsüberschuss von 132 Mrd. USD und das Repräsentantenhaus von 153 Mrd. USD aus. In

den kommenden fünf Haushaltsjahren wird von einem Defizit von etwa 550 Mrd. USD ausgegangen.

In der Frage der Haushaltsdisziplin steuert der Senat schärfere Regelungen an als das Repräsentantenhaus. So sollen nach Maßgabe des Senats höhere Schuldenbelastungen nur mit einer Dreifünftel-Mehrheit beschlossen werden können.

Beim Steueraufkommen gehen die Gesetzesvorlagen beider Kammern von einer positiveren Entwicklung aus als das OMB. So rechnet das Repräsentantenhaus bis zum Jahr 2012 mit 3 Prozent und der Senat mit 2 Prozent mehr Steuereinnahmen als die Bush-Administration in ihren Haushaltsprognosen für den Fünfjahreszeitraum 2008-2012.

Einigkeit besteht zwischen den Kammern mit Blick auf zusätzliche Ausgaben in Höhe von 50 Mrd. USD für so genannte SCHIP (*State Children's Health Insurance Program*)-Initiativen.

Allerdings stimmten im Repräsentantenhaus 12 Demokraten der fiskalkonservativen *Blue Dog Coalition* mit 198 Republikanern gegen die Budget-Resolution 2008, weil ihnen die budgetpolitischen Rahmenvorstellungen ihrer Fraktionsführung zu undiszipliniert erschienen.

Die Verhandlungsführer beider Kammern im Vermittlungsausschuss haben angekündigt, dass sie ihre Arbeit möglichst schnell bis Anfang Mai abschließen wollen.

4. Repräsentantenhaus für effektive Repräsentation der Hauptstadt

Das Repräsentantenhaus hat Mitte April 2007 eine Vorlage verabschiedet, die der Hauptstadt Washington, D.C., effektive Repräsentation durch einen Abgeordneten im Congress zugesteht.

Der District of Columbia (DC) ist bisher nur durch eine im Plenum nicht voll stimmberechtigte Delegierte, Eleanor Norton Holmes, im Congress vertreten. Im Unterschied zu den Präsidentschaftswahlen verfügen die Bürger und Bürgerinnen Washingtons, das aufgrund seines Sonderstatus als Hauptstadt keinem Einzelstaat angehört, in den Congress-Wahlen über kein effektives Stimmrecht.

Frühere Versuche, dieses Manko zu beheben, sind wiederholt am Widerstand der Republikanischen Partei gescheitert. Die Republikanische Partei befürchtet angesichts der mehrheitlich schwarzen und hispanischen Bevölkerung von D.C., dass dauerhaft ein zusätzlicher demokratischer Abgeordnetensitz sowie gegebenenfalls zwei demokratische Senatssitze geschaffen werden.

Die aktuelle - von den Demokraten eingebrachte- Vorlage sieht deswegen vor, neben

dem Sitz für D.C. einen weiteren für den konservativen „Mormonenstaat“ Utah zu schaffen, der seit langem fest in republikanischer Hand ist. Damit würde sich die Gesamtzahl der Sitze im Repräsentantenhaus auf 437 erhöhen.

Dennoch stimmten nur 22 republikanische Abgeordnete mit der demokratischen Mehrheit für die Gesetzesvorlage, die mit 241 gegen 177 Stimmen angenommen wurde. Sechs Demokraten sprachen sich gegen die Vorlage aus.

Die republikanische Opposition hält daran fest, dass die Vorlage verfassungswidrig ist. Ihr Alternativvorschlag zielt auf die Inkorporierung Washingtons in den Staat Maryland, der sich allerdings mit der Hauptstadt zugleich eine erhebliche finanzielle Belastung einhandeln würde.

Eleanor Norton Holmes hielt demgegenüber in der Plenumsdebatte der republikanischen Opposition vor, dass diese für ein effektives Wahlrecht der Bevölkerung von D.C. eintreten würde, wenn diese mehrheitlich weißer Hautfarbe wäre. Andere Befürworter der Vorlage strichen heraus, dass man den *Supreme Court* über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesinitiative entscheiden lassen könne.

Mit Blick auf die Verfassung hat allerdings auch Präsident Bush ein Veto gegen die Vorlage angedroht, so dass eine Verabschiedung des Gesetzes in näherer Zukunft unwahrscheinlich ist, selbst wenn die demokratische Mehrheit im Senat auch zustimmen würde.

5. Bush drängt auf Fortschreibung seiner Bildungsreform

Präsident George W. Bush hat im April 2007 seine Bemühungen um eine Verlängerung des auslaufenden *No Child Left Behind Act* (NCLBA) von 2001 (vgl. CR 1/2002, S.2) mit öffentlichen Redeauftritten intensiviert.

Das mit großen überparteilichen Mehrheiten angenommene Gesetz gilt als eine der zentralen Errungenschaften der Bush-Administration und hat zu einer dramatischen Ausweitung der Rolle des Bundes in der Schulpolitik geführt, die traditionell eine Domäne der Einzelstaaten und Kommunen ist.

Im Kern verknüpft das Programm eine merkliche Aufstockung der Bundesfördermittel mit Leistungskontrollen des Bundes, die eine schrittweise Verbesserung der in jährlichen Tests zu überprüfenden Kenntnisstands der Schüler in Schlüsselbereichen wie Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften vorsieht.

Kritiker der Reform vor allem aus dem Bereich der Schulbehörden und Lehrgewerkschaften bemängeln, dass das Gesetz einen enormen Verwaltungsaufwand und einschränkende Auflagen mit sich bringt und die Tendenz fördert, Schüler nicht auszubilden, sondern auf Testleistungen zu drillen.

Starke Skepsis an dem Bildungsgesetz besteht allerdings auch auf Seiten konservativer Republikaner, die vor dem Amtsantritt Bushs immer wieder eine Abschaffung des Bundesbildungsministeriums gefordert hatten. Sie fordern eine Lockerung der Bundeskontrollen und eine höhere Eigenständigkeit der Schulen unter einzelstaatlicher und lokaler Aufsicht.

Unterstützung findet Bush dagegen bezeichnender Weise in den Reihen der Demokraten. Entsprechend versucht die Administration, wie schon 2001, die Novelle in enger Abstimmung mit Senator Edward Kennedy (D-Mass.) und dem Abgeordneten George Miller (D-Cal.), den Vorsitzenden der Bildungsausschüsse der beiden Kammern, voranzutreiben.

In der Republikanischen Partei kann Bush auf den Zuspruch der Wirtschaftsverbände und des linken, reformorientierten Flügels setzen, die in dem Bildungsgesetz eine Investition zur langfristigen Sicherung der US-Wettbewerbsfähigkeit sehen.

Angesichts der hohen Flexibilität der Bush-Administration in der Koalitionsbildung in diesem Bereich bestehen gute Aussichten für die Verlängerung des Gesetzes, die sich mit der Übernahme beider Kammern des Congress durch die Demokraten noch verbessert haben. Dies dürfte jedoch eine erhebliche Aufstockung der Fördermittel erfordern, was von den Demokraten schon in den Vorjahren lautstark gefordert wurde.

6. Demokraten im Repräsentantenhaus skizzieren Steuerreformpläne

Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben Mitte April 2007 ihre Vorstellungen zur Reform der *Alternative Minimum Tax* (AMT) skizziert, die zusehends mittlere Einkommen mit einer Steuererhöhung durch die Hintertür bedroht.

Die *Alternative Minimum Tax* wurde 1969 eingeführt, um zu verhindern, dass einige wenige Superreiche ihr Einkommen durch die Ausnutzung von Abschreibungsmöglichkeiten der Besteuerung entziehen. Die AMT, die parallel zur Einkommenssteuer berechnet wird, greift dann, wenn die reguläre Einkommenssteuerschuld die AMT unterschreitet.

Da die AMT nicht der Inflation angepasst wird, sind selbst mittlere Einkommen zunehmend betroffen. Bisher hat eine Serie von temporären Steueranpassungen, die zuletzt im Dezember 2006 ausgelaufen sind, verhindert, dass hier massive zusätzliche Steuerbelastungen breitenwirksam werden.

Nach den Vorstellungen der Demokraten, die dem *House Ways and Means Committee* vorgelegt worden sind, sollen

- Familien mit Jahreseinkommen von unter 250.000 USD gänzlich von der Steuer aus-

genommen werden,

- Familien mit Einkommen von 250.000 bis 500.000 USD einen reduzierten AMT-Satz zahlen und
- Familien mit Einkommen von über 500.000 USD dagegen stärker belastet werden.

Nach Schätzungen des *Tax Policy Center*, einem gemeinsamen Projekt des *Urban Institute* und der *Brookings Institution*, könnten sich die damit verbundenen Steuererhöhungen für die obersten Einkommensgruppen auf bis zu 13 Prozent der Steuerschuldsummieren.

Für die Demokraten ist dies ein Alternativprogramm zu den republikanischen Steuer-senkungen unter der Ägide Präsident George Bushs, die primär den höchsten Einkommen zu Gute gekommen sind.

Von republikanischer Seite stößt das Konzept jedoch genau aus diesem Grund auf kategorische Ablehnung. Die Republikaner fordern mehrheitlich eine generelle Abschaffung der AMT.

Die Abschaffung der AMT würde aufgrund der in den letzten Jahren stark gewachsenen Einnahmen aus dieser Quelle jedoch zu einer entsprechenden Verschlechterung der Haushaltslage führen.

Es ist unwahrscheinlich, dass Demokraten wie Republikaner im Präsidentschaftswahljahr 2008 eine spürbare Erhöhung der Steuern für mittlere Einkommen zulassen werden. Mit dem früher als üblich beginnenden Präsidentschaftswahlkampf (siehe Punkt 9) sinkt aber zugleich die Bereitschaft beider Parteien, sich auf einen gesetzgeberischen Kompromiss einzulassen.

7. Repräsentantenhaus unterstützt Erweiterung der Nordatlantischen Allianz

Das Repräsentantenhaus hat sich im März 2007 für eine neuerliche Erweiterungsrunde der NATO (*North Atlantic Treaty Organization*) ausgesprochen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete auf Initiative von John Tanner (D-Tenn.) in nicht namentlicher Abstimmung am 7. März 2007 den so genannten *NATO Freedom Consolidation Act of 2007*. Die zuvor festgelegte Geschäftsordnung begrenzte die Debatte im Hausplenum, erlaubte keine Zusätze und machte eine Zweidrittel-Mehrheit für die Gesetzesinitiative erforderlich.

Die Gesetzesvorlage (House Resolution 987)

- unterstreicht die Bedeutung, welche die NATO bei der demokratischen Transformation von Zentral- und Osteuropa gespielt hat;

- betont die Notwendigkeit der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Integration der entstehenden Demokratien in vorhandene europäische Strukturen;
- verweist auf den *NATO Enlargement Facilitation Act* von 1996 und den *European Security Act* von 1998 und unterstreicht die Unterstützung für eine neue Erweiterungsrunde der Nordatlantischen Allianz um Albanien, Kroatien, Georgien, Mazedonien und die Ukraine;
- räumt dieser Staatengruppe Militärhilfe im Rahmen des *NATO Participation Act* von 1994 (*Public Law 103-447*) ein.

Der Text der Gesetzesvorlage kann unter <http://www.ndu.edu/inss/McNair/mcnair40/m040appe.html> eingesehen werden.

Die Nordatlantische Allianz hat in ihrer letzten Erweiterungsrunde im Jahr 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slovenien in das Bündnis aufgenommen.

Russland hat sich wiederholt gegen die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO ausgesprochen. Ungeachtet dessen hatte die NATO im November 2006 erklärt, dass sie im Jahr 2008 weitere Mitglieder aufzunehmen beabsichtigt. Gegenwärtig gehören der Nordatlantischen Allianz, die 1949 im Zuge des sich entfaltenden Ost-West-Konflikts gegründet wurde, 26 Mitgliedsstaaten an.

8. Senat spricht sich für staatliche Unterstützung der Stammzellenforschung aus

Der Senat hat sich am 11. April 2007 dafür ausgesprochen der embryonalen Stammzellenforschung verstärkte staatliche Unterstützung zukommen zu lassen. Die Entscheidung wurde mit der deutlichen Mehrheit von 63:34 Stimmen getroffen.

Die Gesetzesvorlage (S 5)

- würde es erlauben, neue bundesstaatliche Mittel zur embryonalen Stammzellenforschung für jene Zelllinien einzusetzen, die aus überschüssigem Embryonenmaterial bei der so genannten In-Vitro-Fertilisation hervorgehen.

Für die Gesetzesvorlage (S 5) sprachen sich 44 Demokraten, 17 Republikaner und zwei unabhängige Senatoren aus. Dagegen votierten 32 Republikaner und 2 Demokraten, die Senatoren Bob Casey und Ben Nelson, beide aus dem Bundesstaat Nebraska. Rechnet man noch die Stimmen von Christopher J. Dodd (D-Conn.), Mary L. Landrieu (D-La.) und Tim Johnson (D-S.D hinzu, die bei der Abstimmung nicht anwesend waren, aber die Gesetzesinitiative grundsätzlich unterstützen, dann wäre der Senat nur eine Stimme von jener Zweidrittel-Mehrheit entfernt, die notwendig wäre, um ein prä-

sidentielles Veto zu überstimmen.

Präsident Bush hat sich wieder und wieder gegen die staatliche Unterstützung der embryonalen Stammzellenforschung ausgesprochen und bereits im August 2001 Beschränkungen verfügt. Im vergangenen Jahr brachte er eine ähnlich ausgerichtete Gesetzesvorlage des damals republikanisch kontrollierten Senats mit seinem Veto zu Fall. Während der Senat 2006 nur vier Stimmen unterhalb der erforderlichen (Zweidrittel-) Mehrheit blieb, um Bushs Veto zu überstimmen, fehlten dafür im Repräsentantenhaus allerdings 51 Stimmen.

Im Vorfeld der diesjährigen Senatsdebatte um die Stammzellenforschung hatte der Direktor der National Institutes of Health (NIH), Dr. Elias Zerhouni, der von Präsident George W. Bush ernannt worden war, eine verstärkte Stammzellenforschung angemahnt. Zerhouni befürchtet Wettbewerbsnachteile der US-amerikanischen Forschung, sollten die von der Bush-Administration verfügten Beschränkungen in der embryonalen Stammzellenforschung nicht revidiert werden. „Der amerikanischen Wissenschaft und der Nation ist besser gedient“, so der NIH-Chef, „wenn unsere Wissenschaftler Zugang zu mehr Stammzelllinien haben.“

Umgekehrt vertreten Abtreibungsgegner wie David Christensen vom Family Research Council die Auffassung, dass der wissenschaftliche Nutzen der embryonalen Stammzellenforschung nicht bewiesen sei und halten es für moralisch nicht vertretbar, dass im Zuge dieser Forschung menschliche Embryonen verbraucht werden. Entsprechend kritisierten sie die Initiative des Senats als ein Gesetz, „dass die amerikanischen Steuerzahler dazu zwingen würde für einen Typ von Forschung zu bezahlen, der auf der bewussten Zerstörung von menschlichen Embryos basiert.“

Sowohl den Gegnern als auch den Befürwortern der embryonalen Stammzellenforschung dürfte bewusst sein, dass sich auch das Repräsentantenhaus für eine Ausweitung der staatlich geförderten Forschung in diesem Bereich ausgesprochen hat. Allerdings blieb die Kammer Anfang Januar 2007 (House Resolution 3) bei ihrem Votum mit 253:174 Stimmen deutlich unter der Zweidrittel-Mehrheit, die zur Überwindung eines präsidentiellen Vetos erforderlich wäre.

Vor diesem Hintergrund geht es bei der jetzigen Debatte vor allem um symbolische Politik, da es der Zweidrittel-Mehrheiten in *beiden* Kammern des Congress bedürfte, um ein Veto Bushs auszuhebeln. Davon sind die Befürworter einer staatlichen Förderung der embryonalen Stammzellenforschung derzeit aber noch meilenweit entfernt. Präsident Bush allerdings dürfte wie schon im Jahr 2006 sein Veto einlegen und die Gesetzesinitiative damit zu Fall bringen.

9. Vorwahlen 2008: Irak-Politik dominiert erste Debatte der Demokraten

Die demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaftsvorwahlen 2008 haben sich am 26. April 2007 zu einer ersten, Live von *MSNBC* übertragenen Debatte in Orangeburg, South Carolina, zusammengefunden. Wie erwartet war die Irak-Politik Präsident Bushs und mögliche Optionen eines Abzugs der US-Streitkräfte das dominierende Thema.

An der Veranstaltung der Demokratischen Partei South Carolinas unter der Moderation von Brian Williams (NBC) nahmen neben den Senatoren Hillary Clinton (N.Y.), John Edwards (N.C.) und Barack Obama (Ill.) auch Senator Joseph R. Biden (Del.), Senator Christopher J. Dodd (Conn.) und Gouverneur Bill Richardson (N.M.) sowie zwei Außenseiterkandidaten, der Abgeordnete Dennis J. Kucinich (Ohio) und der frühere Senator Mike Gravel (Alaska), teil.

Das Frage-Antwort-Format der Diskussionsrunde ließ nur kurze Statements der Kandidaten und keinen direkten Austausch zwischen den Beteiligten zu. Insofern blieben die Möglichkeiten zu einer differenzierenden Profilierung begrenzt, die allerdings von den Kandidaten auch bestenfalls in Ansätzen gesucht wurde. Umso deutlicher fiel die Kritik an der Politik Präsident Bush aus.

Auf die Eröffnungsfrage von Brian Williams, ob der Irak-Krieg verloren sei bzw. weiter finanziert werden sollte, antwortete Gouverneur Richardson unverblümt: „This war is a disaster. We must end this war.“ Diese knappe Einschätzung gab den Tenor der Debatte vor.

Weniger Einigkeit bestand im Hinblick auf die früheren Positionen der Kandidaten und die Frage, wie ein Truppenabzug zu bewerkstelligen sei. Während sich der frühere Senator John Edwards erneut für seine Zustimmung zur Autorisierung des Einsatzes der US-Streitkräfte im Irak entschuldigte, bekräftigte Hillary Clinton, dass sie ihre damalige Entscheidung für den Irak-Krieg vor dem Hintergrund der 2002 vorhandenen Informationen getroffen habe, die nun freilich überholt seien. Senator Barack Obama und der Abgeordnete Dennis Kucinich strichen dagegen ihre konsistent ablehnende Haltung gegenüber dem Militäreinsatz im Irak heraus.

Deutliche Nuancierungen zeigten sich auch in den unterschiedlichen Perspektiven zu einer Beendigung des Militäreinsatzes im Irak. Clinton und Obama strichen ihre Unterstützung für die vom Congress verabschiedete Rückzugsstrategie bis 2008 heraus (siehe Punkt 2). Kucinich und Gravel forderten einen sofortigen Abzug aller Truppen. Die differenziertesten Vorstellungen deutete allerdings Senator Biden an, der eine Regionalisierung des Irak in Verbindung mit einem schrittweisen *Disengagement* forderte.

Die nachhaltigste Akzentuierung ihrer relativen Position als „Hawk“ im demokratischen Bewerberfeld gab Hillary Clinton in Antwort auf die Moderatoren-Frage nach der Reaktion auf einen eventuellen Terroranschlag nach dem Muster des 11. Septem-

ber 2001. Ohne Umschweife befürwortete Clinton den Einsatz militärischer Mittel wie im Fall Afghanistans und strich ihre unveränderte Unterstützung der damit verbundenen Politik heraus.

Andere Themen, denen normaler Weise in demokratischen Vorwahlkämpfen eine hohe Priorität zukommt, wie Krankenversicherung, Mindestlohn und Recht auf Abtreibung, wurden nur relativ kurz gestreift. John Edwards, der bereits ein Buch publiziert hat, dass einen anspruchsvollen Plan für den Ausbau des Krankenversicherungssystems skizziert, konnte sich in dieser Hinsicht besonders profilieren. Edwards schloss in diesem Zusammenhang selbst Steuererhöhungen auf höhere Einkommen nicht aus.

Generell bot die große Zahl der Teilnehmer jedoch keine Chance, aus dem Feld der Bewerber auszubrechen und sich besonders zu profilieren. Bemerkenswert ist freilich, dass sich keiner der Kandidaten einen „Ausrutscher“ leistete, aus dem ihm ein Handicap für den kommenden Wahlkampf erwachsen könnte.

Für das laufende Jahr ist noch eine Vielzahl weiterer Debatten geplant. Dies bietet zwar Gelegenheit, die Politikvorstellungen auszutesten und zu präzisieren, birgt aber auch die Gefahr frühzeitiger Verschleißerscheinungen.

Kaum weniger wichtig als die ersten Positionierungsversuche in den Debatten sind allerdings die Organisations- und Finanzierungspotenziale der verschiedenen Teams. Die Anfang April vorgelegten Daten zu den Spendeneinnahmen der Kandidaten für das erste Quartal 2007 korrelieren mit den sich aus Umfragen ergebenden Rangfolgen.

Auf demokratischer Seite führt Hillary Clinton mit 26 Mio. USD, gefolgt von Barack Obama mit 25 Mio. USD und John Edwards mit 14 Mio. USD. Bill Richardson bezifferte seine Spendeneinnahmen mit 6 Mio. USD, Christopher Dodd mit 4 Mio. USD und Joseph Biden mit 3 Mio. USD. Kucinich und Gravel verzeichneten keine nennenswerten Einnahmen.

Während Clinton, Obama und Edwards jeder den bisherigen Einnahmerekord Al Gores von ca. 9 Mio. USD im ersten Quartal 1999 übertrafen, zeigten sich viele Kommentatoren vor allem von Obamas Stärke beeindruckt, die sein breites Unterstützungspotenzial unterstreichen (vgl. CR 2/2007, S. 10).

Auf republikanischer Seite führt Gouverneur Mitt Romney (Mass.) mit 21 Mio. USD im ersten Quartal, gefolgt von Ex-Bürgermeister Rudolph Guliani (N.Y.) mit 16 Mio. USD, Senator John McCain (Ariz.) mit 14 Mio. USD, Senator Sam Brownback (Kan.) mit 1,3 Mio. USD und dem Abgeordneten Tom Tancredo (Col.) mit 1,2 Mio. USD. Alle übrigen Kandidaten blieben deutlich unter 1 Mio. USD.

Romney und Guliani konnten damit ihren Anspruch als Kandidaten der Spitzengruppe untermauern, während McCain angesichts der wenig eindrucksvollen Zahlen sichtlich zu straucheln scheint. Der Umstand, dass die republikanischen Kandidaten insgesamt

weit hinter ihre demokratischen Konkurrenten zurückgefallen sind, verdeutlicht, dass in der Partei der Enthusiasmus für das Bewerberfeld bisher gering zu sein scheint.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report